

40
78

Union in Deutschland

Bonn, den 20. November 1978

Steuerpaket verbessert

Den nachhaltigen Bemühungen von CDU/CSU ist es zu verdanken, wenn jetzt zusätzliche Leistungen für die Familien von rund 750 Millionen DM jährlich über die Regierungspläne hinaus im Steuerrecht und im Haushalt beschlossen wurden, erklärte der stellvertretende Parteivorsitzende Gerhard Stoltenberg zum Ergebnis des Vermittlungsausschusses um das Steuerpaket. Jahrelang hat die SPD/FDP-Koalition die soziale und moralische Leistung der Familie in gefährlicher Weise vernachlässigt.

Leider führt die jetzt beschlossene Steuersenkung durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer und die von der Bundesregierung geplante Anhebung des „Kohlepennigs“ nur zu einer bescheidenen Entlastung. Was wir brauchen ist eine mittelfristige Strategie der Bundesregierung für einen Rückgang der Steuer- und Abgabenquote.

Die CDU/CSU hat nicht die Macht, alle Fehler zu verhindern. Sie hat auch nicht die Macht, ihre eigenen Vorstellungen vollständig durchzusetzen. Sie wird aber trotzdem alles tun, daß die Abgaben- und Steuerlast der arbeitenden Bürger und der Betriebe begrenzt bleibt und versuchen, durch eine solide Finanzpolitik den falschen Weg der Staatsaufblähung zu verbauen.

■ STEUERPAKET

Weiter für ein besseres Steuerrecht Seite 2

Deutliche Entlastung dank Unions-Mehrheit im Bundesrat Seite 3

■ WEHRDIENST-VERWEIGERER

Mängel beim Anerkennungsverfahren müssen beseitigt werden Seite 7

■ DDR

Überhöhter Preis für die Autobahn Seite 10

■ SPIONAGE

Über 1 000 Geheimdokumente wurden verraten Seite 11

■ LANDESPARTEIEN

Berichte von den Parteitagen der CDU Schleswig-Holstein, Rheinland und Saar Seite 17—21

■ ÖA

Wieder eine Fülle von Ideen, Taten und Aktionen aus den CDU-Verbänden Seite 22

■ DOKUMENTATION

Erhaltung und Festigung des Friedens / Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages

grüner Teil

■ DAS VERMITTLUNGSERGEBNIS

Weiter für ein besseres Steuerrecht

Dies ist nicht ein Steuerpaket, wie es die CDU/CSU in der Regierungsverantwortung gestaltet hätte, stellte Hansjörg Häfele, Vorsitzender des finanzpolitischen Arbeitskreises der Bundestagsfraktion fest. Aber es enthält Bestandteile, die auf der finanzpolitischen Linie der CDU/CSU liegen. Erfreulich ist, daß die Steuersenkungen zum 1. Januar 1979 nunmehr in Kraft treten können und daß in dem Paket alte steuerpolitische Vorschläge der CDU/CSU enthalten sind.

Wir freuen uns auch, daß wir im Vermittlungsverfahren noch weitere Verbesserungen für die Familien und für die Betriebe und damit für die Arbeitsplätze durchsetzen konnten. Vor allem die Beseitigung des leistungshemmenden Tarifsprungs war überfällig.

Der neue Tarif ist ein weiterer Schritt in der Abwehr heimlicher Steuererhöhungen, welche die CDU/CSU seit Jahren in den Mittelpunkt ihrer Finanzpolitik gerückt hat. Freilich ist dies kein endgültiger Tarif. Der Anfangsteuersatz von 22 Prozent ist zu hoch. Die Progression für aufsteigende Mittelschichten ist zu steil. Es bleibt das Ziel der CDU/CSU, schließlich einen durchgehenden Progressionstarif einzuführen.

Die CDU/CSU begrüßt es, daß die Lohnsummensteuer, eine Anti-Arbeitsplatzsteuer, abgeschafft und dies nicht vom Steuerpaket abgekoppelt wird. Da-

mit ist die SPD auf einen anderen Weg gezwungen worden, als sie ihn auf ihrem Mannheimer Parteitag 1975 beschlossen hat mit der Forderung auf Einführung der Lohnsummensteuer in allen Gemeinden.

Die CDU/CSU konnte eine Verbesserung der Lage der Familien durchsetzen mit der Anhebung des Kindergeldes ab dem dritten Kind auf 200 Mark und der Vorziehung des Kindergeldes für das zweite Kind auf den 1. Juli 1979. Wichtig ist vor allem auch, daß ab 1980 praktisch ein Kinderbetreuungsfreibetrag eingeführt wird. Damit wird im Steuerrecht auch das Kind aus intakter Ehe berücksichtigt und die Besteuerung gemäß dem Leistungsprinzip vorgenommen.

Bei den ertragsunabhängigen Steuern hat die CDU/CSU wenigstens einen Teilerfolg errungen. Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Investitions- und Innovationsbereitschaft der Betriebe und damit für die Arbeitsplätze hätten wir die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer oder wenigstens die Halbierung der Meßzahlen für richtig gehalten. So haben wir wenigstens eine Verdoppelung des Freibetrages und die Einführung eines Freibetrages bei den Dauerschulden erzielt. Über die Hälfte der Gewerbekapitalsteuerzahler ist damit von dieser Steuer befreit. Dies ist eine mittelstandsfreundliche Maßnahme. Vor allem die schwierigen Jahre der Existenzgründung von Selbstständigen werden erleichtert.

HEINER GEISSLER:

Deutliche Entlastung für Familien dank Unions-Mehrheit im Bundesrat

Im Heute-Journal des ZDF hat Generalsekretär Heiner Geißler ein Interview zum Steuerpaket gegeben. Daraus folgendes Zitat:

Frage: Der Kanzler hat energisch verkündet, daß der Steuerkompromiß ein überwältigender Erfolg für die Koalitionsregierung sei und die CDU/CSU da nur ein paar Schnörkel gemacht hat. Sie umgekehrt sagen, das ist ein großer Erfolg für die Union.

Antwort: Es kommt natürlich nicht auf die Bewertung des Bundeskanzlers in erster Linie an, sondern auf die Tatsachen. Ich glaube bei diesem Steuerkompromiß hat sich doch etwas gezeigt: Es ist gut, daß es einen Bundesrat gibt, der nicht mit der Regierung gleichgeschaltet ist, denn ohne den Bundesrat hätte es weder die Maßnahmen für die kinderreichen Familien gegeben, noch die arbeitsplatzschaffenden Entlastungen für die Betriebe.

Ich darf darauf hinweisen, daß auch die Beseitigung des Tarifsprungs im Grunde genommen ohne Opposition im Bundesrat nicht möglich gewesen wäre. Die Regierung hat noch Mitte des Jahres die Beseitigung des Tarifsprungs zum 1. Januar 1979 für nicht möglich gehalten. Ich bin der Auffassung, daß eine wesentliche Verbesserung des ursprünglichen Steuerpaketes durch die Opposition im Bundesrat erreicht worden ist.

Frage: Manchmal hat man den Eindruck, daß die Bundesregierung erst

einmal Gesetze so ein bißchen minimal veranschlagt, damit im Bundesrat, der von der Union mehrheitlich bestimmt wird, noch mal ein Aufschlag gemacht werden kann

Antwort: Ich habe bei dieser Sache einen etwas anderen Eindruck gehabt. Wir waren der Meinung, wenn schon die Mehrwertsteuer erhöht werden sollte, wie es die Regierung wollte, dann sollte sich dies nicht negativ auf die Familien mit Kindern auswirken. Ich will das an einem Beispiel klarmachen: Ein kinderloses Ehepaar kann doppelt verdienen und hat am Ende des Lebens eine zweifache Rente. Das Ehepaar mit Kindern hat ein einfaches Einkommen, die gleiche steuerliche Belastung bisher, und zieht die Kinder groß, auch zur Gewährleistung des Alterseinkommens des verheirateten Ehepaars, und schließt den eigenen Lebensabend mit einer einfachen Rente ab. Durch die Maßnahmen, die wir durchgesetzt haben, wird diese Ungerechtigkeit vermindert. Wir sind aber mit der Familienpolitik damit nicht am Ende, sondern es werden weitere Vorschläge kommen. Wir werden einen Gesetzesvorschlag für die Einführung eines Familiengeldes auch für die nichterwerbstätige Mutter einbringen. Für die ersten sechs Monate soll diese Mutter in die Lage versetzt werden, bei ihrem Kind zu bleiben. Und wir wollen auch eine vom Mann unabhängige Altersrente der Frau unter Anrechnung der Erziehungsjahre des Kindes.

■ GEMEINDEN

Vorschläge der Union übernommen

Zum Ergebnis der Beratungen im Vermittlungsausschuß erklärt der kommunalpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion MdB Horst Waffenschmidt:

- ① Die im Vermittlungsausschuß für die Gemeinden gefundene Ausgleichsregelung, Anhebung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer von 14 % auf 15 % und Senkung der Gewerbesteuerumlage, die die Gemeinden an Bund und Länder zahlen müssen, um ein Drittel, kann aus der Sicht der Gemeinden begrüßt werden.
- ② Sie entsprechen in wesentlichen Punkten den Ausgleichsvorschlägen, die die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits im Bundestag als Gesetzesinitiativen eingebracht hatte und die die Unionsparteien bereits seit Vorlage des Steuerpaketes in der Öffentlichkeit vertreten haben.
- ③ In diesem Zusammenhang muß noch einmal festgestellt werden, daß das Steueränderungsgesetz 1979 im Bundestag von SPD und FDP ohne eine konkrete Ausgleichsregelung für die Gemeinden angenommen worden ist. Nach den Beratungen im Vermittlungsausschuß wissen nunmehr die Gemeinden konkret, mit welchen Ausgleichsregelungen sie rechnen können im Hinblick auf die Einnahmeverluste, die sie durch das Steuerpaket insbesondere im Gewerbesteuerbereich hinnehmen müssen.

■ VERKEHR

Mehr Sicherheit für Zweiradfahrer

Der Deutsche Bundestag hat den CDU/CSU-Antrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für motorisierte Zweiradfahrer verabschiedet.

Mit der Verabschiedung des Antrages ist ein entscheidender Schritt getan, um der erschreckenden Unfallentwicklung bei den Benutzern von Motorrädern, Mopeds und Mofas entgegenzuwirken, erklärte MdB Günter Straßmeir, Mitglied des Verkehrsausschusses.

Die CDU/CSU ist der Auffassung, daß es höchste Zeit ist, insbesondere — die Neuregelung der Führerscheine für motorisierte Zweiräder in Angriff zu nehmen,
— die freiwillige Nachschulung der jugendlichen Zweiradfahrer konsequent voranzutreiben,
— die Schutzkleidung für motorisierte Zweiradfahrer zu verbessern
— und schließlich auch Sicherheitsstandards für den Bau besonders verkehrs- und unfallsicherer motorisierter Zweiräder zu erarbeiten.

Die Aktivität der Bundesregierung hat sich bisher im wesentlichen auf die Neuregelung der Führerscheine für motorisierte Zweiräder konzentriert. Bei den Beratungen im Verkehrsausschuß wurde aber deutlich, daß dies zu einer entscheidenden Verbesserung der Verkehrssicherheit nicht ausreicht, weil nicht diejenigen erfaßt werden, die bereits ein motorisiertes Zweirad fahren.

■ INFORMATION

Die heimliche zweite Armee in der DDR

Zu Pressemeldungen über die volle Integration der DDR-Betriebskampfgruppen in das östliche Militärsystem erklärte der Sprecher der CDU/CSU-Fraktion für Fragen der Abrüstungs- und Rüstungskontrolle und stellvertretende Vorsitzende des zuständigen Bundestagsunterausschusses, Alois Mertes, folgendes:

Die Feststellung des DDR-Generalmajors H. Leube in der internen Ost-Berliner Führungszeitschrift „Militärwesen“, durch die Stärkung der Betriebskampfgruppen der DDR und die völlige Integration dieser 450 000 Mann in das Militärsystem der DDR sei das internationale Kräfteverhältnis zugunsten des Ostblocks verändert worden, ist von schwerwiegender politischer Bedeutung.

Bundeskanzler Schmidt hat immer wieder behauptet, die vereinbarte Bejahung des Grundsatzes der Parität und die gemeinsame Ablehnung des Ziels der Überlegenheit in der deutsch-sowjetischen Deklaration beim Bonner Breschnew-Besuch im Mai 1978 berechtigte zu großen Erwartungen im Bereich einer ausgewogenen Rüstungsbegrenzung.

Die DDR bestätigt jetzt die Auffassung der CDU/CSU, daß der Ostblock den Grundsatz der Parität nur verbal übernommen hat, daß er in Wirklichkeit aber sein Streben nach militärischer Überlegenheit in der DDR fortsetzt.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, die Frage der militärischen Bedeutung

der Betriebskampfgruppen der DDR im MBFR-Raum erneut in der NATO anzusprechen. Wenn die DDR die militärische Kampf- und Überlegenheitsbedeutung der Betriebskampfgruppen ihrerseits selbst so nachdrücklich hervorhebt, kann der Westen diese Herausforderung bei den Wiener Truppenabbauverhandlungen nicht mehr ignorieren.

Politiker aus Ekuador zu Besuch

Helmut Kohl empfing den Präsidentschaftskandidaten der gemäßigten Sammlungspartei Ekuadors (DFP), Jaime Roldós, und seinen Vizepräsidentschaftskandidaten, Dr. Osvaldo Hurtado, Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Partei Ekuadors, zu einem ausführlichen Gedankenaustausch.

Mehr Förderung für Auslandsstudium

In der Debatte des Deutschen Bundestages über die Europäische Hochschulpolitik hat der CDU-Abgeordnete Volker Rühe die Bundesregierung aufgefordert, bei der für den 27. November geplanten Sitzung der Bildungsminister der Europäischen Gemeinschaft sich energisch für einen Abbau von Barrieren beim Auslandsstudium in der Europäischen Gemeinschaft einzusetzen. Der Abgeordnete erklärte weiter, die mangelnde Bereitschaft zum Auslandsstudium, die schon dadurch deutlich werde, daß nur 0,5 Prozent der in den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft immatrikulierten Studenten im Studienjahr 1976/77 in einem anderen EG-Land studierten, sei besorgnis erregend im Hinblick auf das weitere Zusammenwachsen Europas. Sie lasse

sich zum Teil auf Abwehrregelungen einiger EG-Mitgliedsländer gegen den Zugang ausländischer Studenten zurückführen. Die CDU/CSU setzt sich für eine einheitliche Regelung in der EG ein, die mehr Freizügigkeit für alle Studenten schaffe.

RCDS-Veranstaltung gewaltsam gestört

Linksextremisten unter Führung der DKP-Studentenorganisation MSB-Spartacus haben eine von etwa 700 Studenten besuchte Diskussionsveranstaltung des RCDS an der Universität Köln mit Gerhard Löwenthal und dem RCDS-Bundesvorsitzenden Günther Heckelmann zum Thema: „Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst“ zu sprengen versucht. Mit organisierten Sprechchören und teilweiser Anwendung von körperlicher Gewalt sollten die Redner am Sprechen gehindert werden. Es gelang dennoch, die Veranstaltung gegen den Willen der Kommunisten ordnungsgemäß durchzuführen und zu beenden. Dazu Heckelmann: „Die brutalen Versuche der Unterdrückung Andersdenkender bei dieser Veranstaltung sind ein erneuter Beweis dafür, daß Extremisten von links und rechts im öffentlichen Dienst nichts zu suchen haben.“

Organtransplantation gesetzlich regeln

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich mit Fragen der gesetzlichen Regelung von Organtransplantationen befaßt. Sie ist dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß angesichts der bestehenden Rechtsunsicherheit und des Fortschritts der Medizin im Bereich der Transplantation eine gesetzliche Regelung notwendig ist. Eine Organtrans-

plantation darf nur vorgenommen werden, wenn der Spender zu seinen Lebzeiten in eine Organentnahme eingewilligt hat.

Die Fraktion sprach sich weiter dafür aus, das Verfahren bei der Todesfeststellung so zu regeln, wie es der Bundesrat vorgeschlagen hat. Danach muß dem Arzt, der dem Spender das zu übertragende Organ entnehmen will eine Bescheinigung vorgelegen haben, in der zwei an der Transplantation nicht beteiligte Ärzte den Tod unter Angabe der ihrer Feststellung zugrundeliegenden Tatsachen bestätigt haben. Diese Ärzte müssen in ihrer Stellung weitungsungebunden sein.

DKP — das Trojanische Pferd

Die traditionell enge Zusammenarbeit zwischen der DKP und der SED ist, wie das Bundesinnenministerium bekannt gab, in den letzten Jahren weiter intensiviert worden. So stieg seit 1975 die Zahl der in die DDR entsandten sogenannten Studiendelegationen ständig an. Kräftig erhöht hat sich auch die Teilnehmerzahl an Fortbildungskursen für die DKP-Funktionäre in der SED-Parteischule „Franz Mehring“ in Ost-Berlin.

Bundesstiftung Bundeskanzler Adenauer-Haus

Einstimmig hat der Deutsche Bundestag der Übernahme der bisherigen privaten „Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus“ in Rhöndorf durch den Bund zugestimmt. Die neue Stiftung öffentlichen Rechts soll vor allem den schriftlichen Nachlaß Konrad Adenauers, der nahezu sechs Jahrzehnte deutsche Geschichte umfaßt, bewahren und wissenschaftlich auswerten.

■ WEHRDIENSTVERWEIGERER

Mängel beim Anerkennungsverfahren müssen beseitigt werden

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich jetzt einstimmig darauf festgelegt, daß bei der Neugestaltung des Rechts der Wehrdienstverweigerung an einem förmlichen Anerkennungsverfahren für Wehrdienstverweigerer festgehalten werden muß. Sie will sich jedoch dafür einsetzen, daß die bei dem jetzigen Anerkennungsverfahren aufgetretenen Mängel unter Beachtung des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes beseitigt werden, erklärten die CDU-Abgeordneten **Irma Tübler und Konrad Kraske**.

Folgende Punkte sind von der Fraktion beschlossen worden:

① Die Bundesrepublik Deutschland ist zur Erfüllung ihres Verteidigungsauftrags angesichts der fortbestehenden Bedrohung durch die ständig wachsenden Rüstungsanstrengungen der Warschauer-Pakt-Staaten auf die Beibehaltung umfangreicher Streitkräfte angewiesen. Freiwillige Truppenteile reichen allein auf absehbare Zeit zur glaubhaften Verteidigung nicht aus. Es muß daher an der allgemeinen Wehrpflicht festgehalten werden.

② Unsere Verfassung garantiert das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen. „Je bedeutsamer für die Allgemeinheit und je belastender für die einzelnen jedoch die Gemeinschaftspflicht ist, mit der die individuelle Gewissensentscheidung in

Konflikt gerät, um so weniger kann der die Erfüllung einer Pflicht für die Gemeinschaftfordernde Staat darauf verzichten, im Rahmen des Möglichen die in Anspruch genommene Gewissensposition festzustellen“.

③ Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sieht zur Zeit aus rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Gründen keine Möglichkeit, den zivilen Ersatzdienst so auszustalten, daß er als „einzige Probe auf die Gewissensentscheidung“ gelten kann. Sie kann sich überdies aus grundsätzlichen Erwägungen weder dazu verstehen, dem zivilen Ersatzdienst eine Abschreckungsfunktion für „unechte“ Kriegsdienstverweigerer zu geben, noch eine Lösung gutzuheißen, die erneut zu einem Wahlrecht zwischen unterschiedlichen Diensten führen würde.

④ Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert daher, ein förmliches Anerkennungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer beizubehalten, jedoch die bei den derzeitigen Verfahren aufgetretenen Mängel unter Beachtung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 13. April 1978 zu beseitigen.

⑤ Die Dauer des zivilen Ersatzdienstes für anerkannte Kriegsdienstverweigerer soll der Dauer des Grundwehrdienstes und der anschließend abzuleistenden Wehrübungen entsprechen. Sie soll demnach mindestens 18 Monate betra-

gen. Die Bundesregierung hat jederzeit so viele Zivildienstplätze bereitzuhalten, daß anerkannte Kriegsdienstverweigerer unverzüglich ihren Zivildienst antreten können. Außerdem ist mehr als bisher darauf zu achten, daß die Anforderungen und Belastungen im Zivildienst denen im Wehrdienst annähernd entsprechen.

⑥ Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat bereits mit der Vorlage ihrer Gesetzentwürfe zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes in den Jahren 1975 und 1977 darauf hingewiesen, daß sie für Gespräche mit dem Ziel, zwischen den Bundestagsfraktionen eine einvernehmliche Lösung zu finden, jederzeit zur Verfügung stände. SPD und FDP haben dieses Angebot mehrfach ausgeschlagen. Gegen alle Warnungen haben sie eine Lösung durchgesetzt, die innerhalb kürzester Frist zu einer bedrohlichen Aushöhlung der allgemeinen Wehrpflicht führte und überdies ein doppelter Verfassungsbruch war.

Wenn aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 13. April 1978 nunmehr die bisherigen Anerkennungsverfahren wieder eingeführt sind, obwohl ihnen nach allgemeiner Überzeugung erhebliche Mängel anhaften, so tragen die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen die alleinige Verantwortung dafür.

Dennoch erklärt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion erneut ihre Gesprächsbereitschaft. Ausgangspunkt und Grundlage jeden Gesprächs können aber nur das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 13. April 1978 und die Erfahrungen, die zu ihm geführt haben, sein. Außerdem erscheinen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Gespräche erst sinnvoll, wenn eine klärende Stellungnahme der Bundesregierung vorliegt.

■ ABRÜSTUNG

Große Anfrage der Bundestagsfraktion

Die Bundesregierung muß sich auf eine umfassende Debatte über Abrüstung, Rüstungskontrolle und Sicherheit im Deutschen Bundestag einstellen.

Mit einer Großen Anfrage will die Union erreichen, daß sich der Bundestag in eingehender Debatte mit all jenen Abrüstungs- und Rüstungsbegrenzungsinitiativen befaßt, die gegenwärtig auf verschiedenen Ebenen und mit unterschiedlichen Zielen diskutiert werden, erklärte in Bonn der Vorsitzende des außenpolitischen Arbeitskreises der Fraktion, MdB Werner Marx.

Unsere Anfrage verfolgt zwei Ziele, stellte MdB Alois Mertes, Sprecher der Fraktion für Abrüstung und Rüstungskontrolle fest.

① Wir wollen das Parlament und die Öffentlichkeit dazu bewegen, die Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung ebenso sachkundig wie umfassend zu diskutieren. Die Große Anfrage der Koalition zum gleichen Thema ist für einen solchen Impuls zu pauschal

② Wir wollen die Bundesregierung dazu bringen, nicht in allgemeinen Wendungen zu antworten, sondern die wichtigsten aktuellen Themen so konkret und so eindeutig wie möglich zu behandeln.

**Genauer Wortlaut in der Dokumentation
(grüner Teil) dieser Ausgabe.**

■ VERFASSUNGSFEINDE

SPD und FDP verbreiten Nebel

Die Unions-Fraktionen haben im Deutschen Bundestag eine Große Anfrage zum Thema „Fernhaltung von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst“ eingebracht. Auf einer Pressekonferenz in Bonn erklärten der Vorsitzende des innen- und rechtspolitischen Arbeitskreises MdB Benno Erhard und der Obmann der Fraktion im Innen-ausschuß, MdB Carl-Dieter Spranger:

Kaum eine politische Debatte wird mehr von Schlagworten bestimmt, die die sachlichen Meinungsunterschiede mehr verdecken als enthüllen, als die Debatte darüber, wie der öffentliche Dienst der Verpflichtung des Grundgesetzes entsprechend von Verfassungsfeinden freizuhalten ist.

Scheinbar geht der Streit um Verfahrensfragen: wann beim Verfassungsschutz anzuhören sei und wann nicht. SPD, FDP und die Bundesregierung versuchen mit Stellungnahmen und Kabinettsbeschlüssen über Verfahrensfragen wie den Zeitpunkt und die Zahl von Anfragen oder deren Verhältnismäßigkeit Nebel zu verbreiten.

Einzig SPD-Fraktionsvorsitzender Wehner hat offen gesagt, daß die angebliche Einigkeit aller Demokraten darüber, daß Verfassungsfeinde nicht in den öffentlichen Dienst sollen, in Wirklichkeit gar nicht mehr vorhanden ist.

Für ihn ist völlig ungeklärt, was das ist: „verfassungsfeindlich“. Für ihn ist folg-

lich auch offen, ob die DKP verfassungsfeindliche Ziele verfolgt.

Solch grundlegender Unklarheit muß dringend abgeholfen werden. Nur, wenn die Bundesregierung ihre Positionen offenlegt, wenn sie sich unmißverständlich zum geltenden Recht äußert, zur Zielseitung solcher Gruppen, die unsere Freiheitsordnung bekämpfen, und dazu, wie sie diesen Gruppen und ihren Anhängern, die in den Staatsdienst drängen, entgegentreten will, gibt es überhaupt noch eine Möglichkeit, wieder zu einem gemeinsamen Verständnis von streitbarer Demokratie und den Mitteln zu ihrer Verteidigung zu finden. Diesem Ziel dient die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion:

Sie gibt der Bundesregierung Gelegenheit, gemeinsam mit den politischen Kräften, die zu unserem freiheitlichen Rechtsstaat stehen,

— der national und international betriebenen, kommunistisch gesteuerten „Berufsverbote“-Kampagne mit ihrer Agitation über „Gesinnungsschnüffelei“ entgegenzuwirken;

— darauf hinzuwirken, daß die linken Flügel von SPD und FDP die Unterwanderung und Zersetzung des öffentlichen Dienstes durch Verfassungsfeinde und die dadurch verursachte Stärkung der politischen und gesellschaftlichen Position vor allem der DKP nicht weiter durch wohlwollende Hinnahme oder gar Unterstützung der „Berufsverbote“-Kampagne fördern.

■ DDR

Überhöhter Preis für die Autobahn

Wir bewerten den Abschluß der neuen Verkehrsvereinbarungen mit der DDR im Ergebnis positiv. Wir begrüßen insbesondere den geplanten Bau einer Autobahn von Berlin nach Hamburg, erklärte der Spitzenkandidat der Berliner CDU und stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Richard von Weizsäcker.

Dies entspricht unserer alten Forderung nach einer besseren Anbindung Berlins an den nordwestdeutschen Raum. Ein solches Projekt liegt im Interesse der Berliner, der Bevölkerung des übrigen Bundesgebietes und keineswegs zuletzt im Interesse des Verkehrs innerhalb der DDR.

Wir begrüßen auch die Instandsetzung und Öffnung des Teltow-Kanals für den durchgehenden Schiffsverkehr und die Vornahme dringend notwendiger Reparaturarbeiten an den Transitwasserstraßen nach Berlin (West) und am Schiffshebewerk Rothensee.

Wir bedauern, daß es die Bundesregierung offenbar nicht erreicht hat, die Übergangsstelle Staaken für den Transitverkehr zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet über den Zeitpunkt hinaus geöffnet zu halten, zu dem die Grenzübergangsstelle bei Stolpe-Dorf für den Transitverkehr zugelassen wird. Obwohl der Übergang Staaken auch darüber hinaus für den Einreise- und den Transitverkehr in Drittländer erhal-

ten bleiben soll: entscheidend ist, in den nächsten Verhandlungen zwei gleichwertige Übergänge im Transitverkehr zur Anbindung Berlins an die neue Autobahn zu erreichen.

Wir begrüßen, daß der Bau einer Straßenverbindung von der Autobahn Berlin—Hamburg in den Raum Lüchow-Dannenberg vorgesehen ist. Wir bedauern aber, daß über die Qualität einer solchen Verbindung keine Vereinbarung erzielt wurde. Das gilt insbesondere für die Festlegung darüber, diesen Verbindungsweg in die Transitregelung einzubeziehen.

Die Zahlungsverpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland, von der Bundesregierung selbst als erheblich gekennzeichnet, erscheinen nach jeder objektiven Kalkulation als überhöht. Dies trifft auch und insbesondere für die neu vereinbarte jährliche Transitpauschale zu.

Auch wenn die Zahlungen als politischer Preis für das Vereinbarungsziel im Ganzen zu begreifen sind, bleibt die Angemessenheit der Höhe erkläungsbedürftig. Wir fragen die Bundesregierung und den Senat, ob und welche Auswirkungen unsere finanziellen Leistungen auf die Devisenwirtschaft in der DDR haben werden.

Es kann nicht unser Ziel sein, durch unsere Zahlungen die Dispositionsbefugnis über Devisen in der DDR beim Staat zu stärken und beim Bürger zu schwächen.

Im Zusammenhang mit dieser Etappe deutsch-deutscher Verhandlungen erwarten wir, daß weitere Folgevereinbarungen zum Grundlagenvertrag zügig angesteuert werden. Diese müssen vor allem dem Leben und der Begegnung der Deutschen in Deutschland dienen.

■ SPIONAGEFALL LUTZE/WIEGEL

Über 1000 Geheimdokumente verraten — ein irreparabler Schaden

Bei der Behandlung des Spionagefalls Lutze/Wiegel hat nach Ansicht von MdB Manfred Wörner, Vorsitzender des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, nicht nur die politische Führung des Verteidigungsministeriums Fehler gemacht, sondern auch die militärische Führung. Der Ausschuß kam zu dem von allen Seiten getragenen Ergebnis, daß Kompetenzschwierigkeiten zwischen der militärischen und politischen Führung des Ministeriums die Bewertung des militärischen Schadens verzögert haben.

Der Ausschuß konnte übereinstimmend — d. h. mit den Stimmen der CDU/CSU, der SPD und der FDP — feststellen:

— Der durch den Verrat von über 1000 Geheimdokumenten eingetretene Schaden ist für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland — auch im Vergleich mit früheren Fällen — als besonders schwerwiegend anzusehen.

— Durch den Verrat hat der gegnerische Nachrichtendienst einen umfangreichen und für ihn wichtigen Einblick in die Stärken und Schwächen der Verteidigungsfähigkeit der Bundesrepublik erhalten.

— Dieser Schaden ist zum überwiegen den Teil irreparabel und kann nur durch Zeitablauf behoben werden.

— Die notwendigen Maßnahmen zur Bewertung und Minderung des militärischen Schadens wurden erheblich verzögert, obwohl die Bedeutung des Spionagefalls und der Umfang des Landesverrats von Anfang an erkennbar waren.

— Die Tatsache, daß erst 18 Monate nach Aufdeckung des Spionagefalls und erst im Zusammenhang mit der Einsetzung des Untersuchungsausschusses eine umfassende Schadensbewertung in Angriff genommen wurde, ist als ernstes Versäumnis anzusehen.

— Im Bundesministerium der Verteidigung hat es eine Reihe von Verstößen gegen die Sicherheitsvorschriften gegeben. Diese Vorschriften gilt es zu verbessern, ihre Handhabung im Wege der Dienstaufsicht stärker zu kontrollieren und die Praxis hinsichtlich der Einstellung und Überwachung von Bediensteten den Sicherheitsbedürfnissen der Bundeswehr anzupassen.

Der CDU/CSU-Teil des Untersuchungsausschusses kam darüber hinaus zu dem Ergebnis:

— Bundeskanzler Schmidt, der damalige Bundesminister der Verteidigung, Leber, der frühere Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Fingerhut und der Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Schüler, waren von Anfang an über die besondere Schwere des Verratsfalls unterrichtet. Entgegenstehende Äußerungen des früheren

Staatssekretärs Fingerhut vor dem Verteidigungsausschuß am 9. Juni 1976, des früheren Ministers Leber vor der Bundespressekonferenz am 13. Dezember 1977 und von Regierungssprecher Bölling am 14. Dezember 1977 entsprachen nicht der Wahrheit.

— Der ehemalige SPD-Staatssekretär und sein Parteigenosse, der frühere Chef des Amtes für Sicherheit der Bundeswehr, Brigadegeneral Scherer, waren von der Aufdeckung des Spionagefalls im Juni 1976 an bestrebt, den Mitwisserkreis solange und soweit wie möglich auf Personen zu beschränken, die aus ihrer parteipolitischen Sicht zuverlässig waren, um auf diese Weise einen die Chancen der SPD vor der Bundestagswahl beeinträchtigenden Skandal zu verhindern.

— Der frühere Staatssekretär Fingerhut schloß mit Billigung des damaligen Bundesministers der Verteidigung, Leber, den in der Sache zuständigen Führungsstab der Bundeswehr durch einen Sondererlaß vom 16. Juni 1976 von der Bearbeitung des Falles aus und verursachte so die Verzögerung der militärischen Schadensbewertung absichtlich.

— Bundeskanzler Schmidt hat trotz seiner Kenntnis von der Schwere des Verratsfalls, trotz der Tatsache, daß sich der Spionagefall im Dienstbereich seines Protégés, nämlich des ehemaligen Ministerialdirektors Laabs abgespielt hat, dessen Blitzkarriere vom Fraktionsangestellten der SPD ohne Rücksicht auf mangelnde Verwaltungserfahrung zum hochbezahlten Abteilungsleiter im größten und kompliziertesten Bundesressort allein auf seine Mitgliedschaft in der SPD und seine persönliche Bekanntschaft mit ihm, dem Bundeskanzler, zurückzuführen ist, trotz seines Wissens um seine politi-

sche Gesamtverantwortung und um seine Verantwortung als Oberbefehlshaber der Streitkräfte im Verteidigungsfall nichts unternommen, um die zuständigen Stellen zu den erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen; niemals hat er Fragen nach konkreten Maßnahmen zur Eingrenzung des Schadens gestellt.

— Bundeskanzler Schmidt behandelte diesen schwersten Spionagefall in der Geschichte der Bundesrepublik wie einen Allerweltsfall, über den er nie mit seinem damaligen Verteidigungsminister sprach; von dem er nicht wußte, ob er das Kabinett irgendwann damit befaßte; über den er mit seinem Außenminister im Jahre 1976 nicht sprach und nur „vermuten möchte“, daß ein Gespräch 1977 stattfand, an dessen Ge genstand er sich jedoch „nicht erinnern kann“.

— Bundeskanzler Schmidt gab sich mit allgemeinen Auskünften seines Staatssekretärs Schüler zufrieden und versuchte sich mit der für ihn unglaublichen, weil lächerlichen Einlassung herauszureden, er habe als Kanzler nicht in ein Ressort hineinregieren dürfen, sondern nur die Richtlinien der Politik zu bestimmen.

Die SPD/FDP-Mitglieder des Ausschusses widersprechen zwar den vorgenannten Feststellungen der CDU/CSU, jedoch in einer derart pauschalierenden Weise, daß hierin allenfalls eine Pflichtübung gegenüber betroffenen Parteigenossen gesehen werden kann. Im übrigen bezeugen der Rücktritt von Verteidigungsminister Leber und die Entlassungen der Herren Fingerhut und Laabs im Zusammenhang mit der Arbeit des Untersuchungsausschusses, daß auch die SPD/FDP-Koalition das schwere Versagen wenigstens dieser Personen erkannt hat.

■ KOALITION

Rückschlag im Kampf gegen den Terrorismus

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verurteilt die Entscheidung der jugoslawischen Regierung, die in ihrer Hand befindlichen vier gefährlichen deutschen Terroristen freizulassen, deren Ausreise vorzubereiten und zu ermöglichen, erklärte der Vorsitzende des außenpolitischen Arbeitskreises Werner Marx. Wir sehen in diesem Vorgang nicht nur einen unfreundlichen Akt, sondern eine bewußt kalkulierte, von langer Hand vorbereitete Provokation unseres Landes, einen schweren Rückschlag im Bemühen, den Terrorismus erfolgreich zu bekämpfen.

Der Bundesinnenminister, der es trotzdem für möglich hält, daß weitere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus zwischen Belgrad und Bonn gepflegt werden könne, geht immer noch einer gefährlichen Illusion nach. Daß Jugoslawien eben kein Rechtsstaat, keine Demokratie ist, haben hier viele vergessen. Nicht die Gerichte, wie es die offizielle Erklärung aus Belgrad glauben machen will, sind dort für solche Fälle zuständig, sondern der Staat. Und der Staat ist ein Instrument der kommunistischen Partei. Zu dieser Partei aber pflegen, nach verdeckt gehaltener Vorarbeit von Wehner und Wischnewski, die deutschen Sozialdemokraten seit längerer Zeit offizielle und intensive Beziehungen. Brandt und Ehmke sind in den letzten Wochen wiederholt nach Jugoslawien geeilt. Über ihre Gespräche dort gibt es nur lakonische und unaufrichtige Kommunikés.

Protest gegen FDP-Kurs: 25 Austritte

In Erftstadt im Bezirk Köln sind in letzter Zeit insgesamt 25 Mitglieder der FDP aus ihrer Partei ausgetreten. „Wir sind außerstande, die politischen Machenschaften des heutigen linksliberalen Flügels der FDP mitzuverantworten“, erklärte Franz Paul Esser als Sprecher der Gruppe. „Auch der Bundesparteitag in Mainz hat bewiesen, auf welchem Kurs sich die FDP heute befindet.“

Eine Gruppe von 15 FDP-Mitgliedern hatte die Partei in Erftstadt schon früher in diesem Jahr verlassen, zehn weitere vollzogen diesen Schritt nun nach dem Mainzer Bundesparteitag. Die Gruppe um Esser wirft vor allem den Jungdemokraten vor, „noch linksaußen an der SPD vorbeizuziehen“. Ihr Sprecher erklärte weiter, man sei bisher der Meinung gewesen, „den Linksdrall in Erftstadt aufhalten zu können. Aber wie sollen wir den Rutsch aufhalten, wenn die Linken und Jungdemokraten von der Bundespartei unterstützt werden?“

Jetzt schweigt Egon Bahr

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Verteidigungsfragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willi Weiskirch, hat das Ausbleiben einer kritischen Reaktion bei der SPD auf die Äußerungen des sowjetischen Staatschefs Leonid Breschnew, die Sowjetunion verfüge seit langem über die Neutronenwaffe, scharf kritisiert. Kein Sozialdemokrat in der Bundesrepublik — Egon Bahr eingeschlossen — schreibt vor Empörung auf, daß Moskau die „Perversion des Denkens“ bereits in die Tat umgesetzt habe. „Der Widersinn, scheint es, hat Methode“, betonte Weiskirch.

Dazu „Bild“: Erster Akt: Präsident Carter schlägt vor, zur Abwehr der erdrückenden sowjetischen Panzerübermacht die Neutronenbombe zu entwickeln und in Europa zu stationieren. Sie tötet alles Leben, läßt aber Panzer und Gebäude unbeschädigt.

Zweiter Akt: Wütende Proteste — SPD-Geschäftsführer Egon Bahr wettert: „Das ist eine Pervertierung des Denkens.“

Dritter Akt: Kreml-Chef Breschnew enthüllt: „Wir haben die Neutronenbombe bereits getestet.“

Vierter Akt: Schweigen — keine Proteste. Perversion der Moral? Egon, wo bist du?

Zur CDU übergetreten

Claus-Wilhelm Hoffmann, bisher parteipolitisch nicht gebundener Oberbürgermeister von Biberach, hat seinen Beitritt zur CDU erklärt. Auf die Frage, ob er sich vorstellen könne, ob Theodor Heuß und Reinhold Maier sich heute der CDU anschließen würden, antwortete Hoffmann: „... Ich könnte mir... vorstellen, daß sie sich, wenn sie heute in der FDP wären, ernsthaft überlegen, ob sie da noch ihre Heimat haben.“

„Mißbrauch“ der Transitwege

Als „Pervertierung rechtsstaatlichen Denkens“ hat es der CSU-Bundestagsabgeordnete Franz Ludwig Graf Stauffenberg bezeichnet, daß die Bundesregierung in der jüngsten Diskussion um Fluchthelfer von einem „Mißbrauch der Transitwege“ gesprochen hat. Ohne die ständigen Menschenrechtsverletzungen des DDR-Regimes gäbe es keine Fluchtbewegung nach Westen, meinte der CSU-Politiker.

Lehrerverband kritisiert FDP-Extremistenbeschuß

Der Deutsche Lehrerverband hat den Beschuß der FDP zur Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst scharf kritisiert. Die FDP öffne damit den öffentlichen Dienst für Verfassungsfeinde. Einige Erklärungen von Delegierten über hohe Qualitäten von Kommunisten als Lehrer gäben Anlaß zu großen Befürchtungen. Die FDP müsse erklären, wie sie ohne Anfrage beim Verfassungsschutz und ohne Wertung der Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Partei oder Organisation sicherstellen wolle, daß alle Lehrer den ihnen anvertrauten Kindern und Jugendlichen glaubwürdig die Grundwerte der Verfassung vermittelten, meinte der Lehrerverband.

Bürgerrechtskomitee kämpft an falscher Front

Als politisch einäugig und überflüssig hat der Sprecher der CDU in Niedersachsen, Volker Benke, in Hannover die Ankündigung des Juso-Landesvorsitzenden bezeichnet, ein Bürgerrechtskomitee zur Verteidigung der sozialen und demokratischen Rechte in Niedersachsen zu gründen. Die beteiligten Jugendverbände, so stellte Benke fest, führten ihre Kriege einmal mehr an der falschen Front. Statt sich zum Handlanger linksradikaler bzw. kommunistischer Interessen zu machen und zur Diffamierung der demokratisch gewählten und demokratisch handelnden niedersächsischen Landesregierung beizutragen, sollten sie ihre überschüssige Energie in Komitees zur Verteidigung der Dissidenten in der Sowjetunion oder zum Schutz der unterdrückten Deutschen in der DDR einsetzen. Das wäre verdienstvoller.

■ FDP-PARTEITAG

Abschied von der Mitte

Im Unterschied zu der auf dem Kieler Parteitag 1977 ansatzweise festzustellenden Rückbesinnung auf marktwirtschaftliche Grundpositionen hat der Mainzer Bundesparteitag die FDP ein gehöriges Stück aus der politischen Mitte nach links gerückt. Dies hat sich in der allgemeinen politischen Aussprache und den daran anschließenden Personalentscheidungen ebenso gezeigt wie in den beiden zentralen Beschlüssen zur Extremistenfrage und zur Kernenergienutzung.

In der Debatte über den Rechenschaftsbericht von Genscher wurden die innere Zerrissenheit der Partei sowie die tiefe Kluft zwischen Parteiführung und Parteibasis schonungslos offen gelegt. Der Mainzer Parteitag war ein sichtbares Zeichen für die erfolgreiche Strategie der Jungdemokraten und der mit ihnen verbündeten linken Funktions- und Mandatsträger der mittleren Ebene. Dies wäre allerdings nicht möglich gewesen ohne das Auftreten von William Borm, der als neue Gallionsfigur dieser linken Gruppierung neues Selbstbewußtsein und kämpferischen Elan verliehen hat. Borm hat den Zustand der FDP treffend charakterisiert und damit gleichzeitig die Richtung des gesamten Parteitages maßgeblich bestimmt.

Mit den Stichworten „irritierende Orientierungslosigkeit“ und „Vollzugsdefizit“ hat Borm die Identitätskrise der FDP markiert: die Liberalen seien „von Zu-

kunftsgestaltern zu Zustandsverwalttern“ geworden. Mangelnder Reformwille habe zu dem „Vollzugsdefizit“ geführt, das heute von kritischen FDP-Mitgliedern ebenso beklagt werde wie „nicht nachvollziehbare und schlecht zu begründende koalitionspolitische Entscheidungen“. Aus dieser Zustandsbeschreibung hat Borm — unter starkem Beifall einer beträchtlichen Mehrheit der Delegierten — die Konsequenz gezogen, daß die FDP ohne „den Wähler verwirrende weitere sogenannte Auflockerungsmodelle“ in die Landtagswahlkämpfe 1979 gehen müsse; andernfalls sei für die Koalition in Bonn und die Bundestagswahl 1980 Schlimmes zu befürchten: „Schleswig-Holstein und Berlin sind (mit ihrer Koalitionsaussage) den einzigen möglichen, erfolgversprechenden Weg gegangen.“ Diesen Angriffen hat die Parteiführung selbst nur tiefe Betroffenheit, doch keine geschlossene Argumentation entgegengesetzt.

Bezeichnend für die Entschlossenheit des linken Parteiflügels, die „Rückkehr von Kiel nach Freiburg“ auch bei den Personalentscheidungen einzuläuten, trat am deutlichsten in der Wahlniederlage von Graf Lambsdorff zutage. Die Judos stellten im Anschluß an diese Entscheidung, die auch als Niederlage für Genscher gesehen werden muß, zu Recht fest: „Die Nichtwahl Graf Lambsdorffs in das FDP-Präsidium macht den Kieler Parteitag vergessen.“

Ohne daß bei den Wahlen zum erweiterten Bundesvorstand gewichtige per-

sonelle Veränderungen vorgenommen wurden, konnten die „linken“ Kandidaten insgesamt durch bessere Stimmergebnisse ihr Gewicht in der Parteiführung verstärken.

Schlappe für Verheugen

Bei der Wahl des Generalsekretärs mußte Genscher noch einmal den massiven Widerstand des Parteitages zur Kenntnis nehmen; denn das äußerst schwache Ergebnis für Verheugen war unbestreitbar auch eine Absage an Genschers Führungsstil und seine Personalentscheidungen.

Nur drei sachpolitische Themen, nämlich Energiepolitik, Extremistenfrage und Gleichberechtigung wurden diskutiert und verabschiedet, während wichtige programmatische Vorlagen, wie z.B. das sogenannte „Kinderprogramm“, nicht mehr behandelt werden konnten:

■ In der Debatte um die Kernenergienutzung konnte Graf Lambsdorff an einigen Stellen noch Schlimmeres verhüten, als dann ohnehin beschlossen wurde. Dennoch stellen die vier Beschlüsse zur Kernenergiepolitik eine parteipolitische Fessel dar, die den FDP-Ministern eine glaubwürdige, kontinuierliche Energiepolitik nur noch unter offener Mißachtung von Parteitagsentscheidungen gestattet und zusätzlich auch im internationalen Rahmen die Position der Bundesrepublik auf Dauer schwächt.

■ Die „Forderungen zum Schutz liberaler Freiheitsrechte bei der Einstellung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst“, gegen die sich von der Parteiprominenz nur die Minister Hirsch und Ertl energisch gewehrt haben, verwerfen die sogenannte „Regelanfrage“,

lassen jedoch andererseits „Einzelanfragen“ beim Verfassungsschutz zu, wenn der Einstellungsbehörde Tatsachen bekannt sind, die auf verfassungsfeindliche Handlungen des Bewerbers hindeuten. Völlig ungelöst bleibt dabei das Problem, wie die Einstellungsbehörde Kenntnis von solchen Tatsachen erhalten soll.

■ In dem „sogenannten Gleichberechtigungsprogramm“ ist neben der Forderung nach Einführung des Rentensplittings und einer erneuten Prüfung der Möglichkeiten zur Durchsetzung der „Fristenregelung“ im § 218 besonders bemerkenswert, daß die Forderung nach einem Erziehungsgeld (im Entwurf als „Kindergeldzuschlag in abnehmender Höhe“ bezeichnet), wieder gestrichen worden ist.

Gewinner sind die „Linken“

Die FDP hat in Mainz ihre Identitätskrise eingestanden. Sie hat weder personal noch programmatisch den selbstgestellten Anspruch liberaler Eigenständigkeit glaubwürdig machen können; im Gegenteil: Diskussion, Beschlüsse und Personalentscheidungen haben unmißverständlich und auf lange Sicht den Weg verbaut, der nach den Koalitionsentscheidungen von Hannover und Saarbrücken sowie auf Grund der programmatischen Akzente des Kieler Parteitages als Alternative zum Bündnis mit der SPD möglich schien.

Die Kluft zwischen dem „Ministerflügel“ und den aufbegehrenden linken Gruppen hat sich in Mainz vergrößert. Dadurch muß das Gewicht der FDP-Minister im Bonner Regierungsbündnis zwangsläufig abnehmen. Die Ergebnisse von Mainz lassen der FDP keinen Spielraum mehr für „liberale Eigenständigkeit“.

■ CDU SCHLESWIG-HOLSTEIN

Dank bürgerlicher Unionspolitik ein Land mit Zukunftschancen

„Unsere Politik muß auch in Zukunft darauf abzielen, den Bürgern unseres Landes sichere Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen.“ Diese Aussage des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Uwe Barschel, zog sich wie ein roter Faden durch die Beratungen des 31. Parteitages der CDU Schleswig-Holstein, der am 18. November in Travemünde das Programm zur Landtagswahl im kommenden Jahr verabschiedet hat.

Vor den rund 400 Delegierten betonte Uwe Barschel bei der Einbringung des Programmentwurfs, die CDU werde ihre Politik mit den Instrumenten der Sozialen Marktwirtschaft konsequent fortentwickeln. Dazu gehöre auch die Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes. Vorwürfe der SPD, damit würden Unternehmen zusätzliche Hilfen gegeben, seien nichts als Klassenkampf. Arbeitnehmer und Arbeitgeber säßen heute in einem Boot.

Die Politik der CDU habe in den zurückliegenden Jahren aus Schleswig-Holstein, das 1950 noch das Armenhaus der Bundesrepublik gewesen sei, ein beliebtes Zukunftsland mit großen Entwicklungschancen gemacht. Schleswig-Holstein sei — so Barschel — das einzige Bundesland, dessen Bevölkerungszahl trotz des bundesweiten Ge-

burtenrückganges durch Wanderungsgewinne kontinuierlich steige. Diese Tatsache sei der klare Beweis für die Richtigkeit der Unionspolitik.

Mit den Schwerpunkten „Das Land im Dienst für seine Bürger“, „Wirtschaftspolitik für Freiheit, sozialen Fortschritt und Zukunftssicherung“, „Gesunde Umwelt“, „Kultur und Bildung haben weiter Vorrang“ sowie „Familie, Gesundheit und Soziales“ lege die CDU Schleswig-Holstein ein Programm vor, das keine unerfüllbaren Versprechungen enthalte, sondern Forderungen und Ankündigungen, die sorgfältig daraufhin überprüft worden seien, ob sie auch in einer Zeit hoher Staatsverschuldung verantwortlicherweise erhoben werden könnten.

Das Schleswig-Holstein-Programm der CDU unterscheide sich wesentlich von den Aussagen der SPD/FDP, die zu den wichtigen Zukunftsproblemen keine Lösungsvorschläge enthielten. Das SPD-Programm sei eine ideologische Studie mit stark marxistischer Einfärbung, das FDP-Papier entlarve diese Partei als linken Anhänger der SPD.

Bereits zuvor hatte der Landesvorsitzende, Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg, die verhängnisvolle Rolle der SPD in Schleswig-Holstein dargelegt. Es sei ein Armutszeugnis, wenn die Landes-SPD versuche, die Landtagswahl im wesentlichen zu einer Auseinandersetzung über den Bundesrat und

die Bundespolitik zu machen. Dieses Bemühen sei allein deshalb unglaublich, weil jeder politisch interessierte Bürger wisse, daß es starke Spannungen und unüberbrückbare Gegensätze zwischen der linkssozialistischen SPD-Führung Schleswig-Holsteins und der sozialdemokratisch geleiteten Bundesregierung gebe. „Zwischen den Wahlen betreiben Jansen und Matthiesen eine massive Konfrontation mit Schmidt, Apel, Matthöfer und anderen, die jetzt mangels eigener Anziehungskraft als ‚Wahllokomotive‘ für den Landtagswahlkampf mobilisiert werden sollen.“

Auf die Ankündigung des SPD-Vorsitzenden Brandt eingehend, die SPD wolle im kommenden Jahr die „Bastion Schleswig-Holstein schleifen“ meinte Gerhard Stoltenberg, Schleswig-Holstein sei keine Bastion, keine Festung, die gestürmt oder geschleift werden solle. Das Land brauche keine Politik der totalen Konfrontation, des Freund-Feind-Denkens und kriegerischer Töne, sondern fairen Wettbewerb verantwortlicher Abgeordneter, die mit aller Kraft für die Menschen arbeiten.

Unter dem Beifall der Delegierten erklärte der Landesvorsitzende: „Die SPD Schleswig-Holsteins hat mit Matthiesen einen Verlegenheitskandidaten aufgestellt, nachdem andere, wie Apel und Bahr, trotz nachhaltigen Drängens nicht bereit sind, für das Amt des Ministerpräsidenten zu kandidieren. Niemand käme bei stürmischem Seegang auf die Idee, einen Leichtmatrosen zum Kapitän des schönen Schiffes Schleswig-Holstein zu machen. Wir wollen in schwierigen Zeiten auch keinem Leichtmatrosen die Verantwortung für unser Land überlassen, selbst wenn jetzt eine recht bunte Schar von Wahlhelfern für ihn angemustert werden sollte.“

Die FDP des Landes habe sich — so Stoltenberg weiter — zum dritten Mal seit 1970 in den Dienst der Bemühungen um eine sozialistische Regierungsführung gestellt. Nach dem Mainzer Bundesparteitag der FDP wüsten auch jene liberalen Wähler, die bisher noch Illusionen gehabt hätten, daß sich die Partei endgültig von der politischen Mitte verabschiedet habe. „Noch werden einige bürgerliche Gallionsfiguren von den bestimmenden linken Kräften geduldet, aber einen gestaltenden politischen Einfluß auf die wesentlichen Entscheidungen haben sie nicht mehr.“

Einstimmig verabschiedeten die Delegierten nach langer, intensiver Diskussion das Landtagswahlprogramm, bevor sie im Rahmen eines sich anschließenden weiteren Parteitages die Kandidaten der CDU Schleswig-Holstein für die ersten Direktwahlen zum europäischen Parlament am 10. Juni des kommenden Jahres wählten.

Mit überwältigender Mehrheit wurde der Vorschlag des Landesvorstandes akzeptiert, den Steinburger Bundestagsabgeordneten Kai-Uwe von Hassel auf Platz 1 der insgesamt zehn Namen umfassenden Liste zu wählen.

Nicht zuletzt sahen die Delegierten in von Hassel den geeigneten Spitzenkandidaten, da der Unionspolitiker nicht nur Präsident der Europäischen Union Christlicher Demokraten ist, sondern gleichzeitig auch der parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union präsidiert.

Den zweiten Platz auf der Europa-Liste nimmt der Präsident des schleswig-holsteinischen Bauernverbandes, MdB Hans-Jürgen Klinker, ein. Platz drei die Quickborner Journalistin Ingrid Roitzsch.

■ CDU RHEINLAND

Demonstration der Einheit

Zu einer Demonstration der Geschlossenheit nicht nur der rheinischen, sondern der gesamten nordrhein-westfälischen CDU wurde der 32. Landesparteitag der CDU Rheinland, des mitgliederstärksten Landesverbandes der CDU Deutschlands am vergangenen Wochenende in Köln. In einer programmatischen Rede, die von den 500 Delegierten mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde, nannte der Vorsitzende der CDU Rheinland, Heinrich Köppler, vier Voraussetzungen für den Erfolg bei den kommenden Wahlentscheidungen: Geschlossenheit, Zuversicht, Zuverlässigkeit und ein klares Programm.

Köppler betonte unter starkem Applaus, der Wähler wolle „keine zerrißene, sondern eine geschlossene“ Partei. Es habe in den letzten Wochen „Irritationen“ gegeben, doch ändere dies nichts an seiner Bereitschaft, „nahtlos, störungsfrei und gut“ mit allen politischen Freunden zusammenzuarbeiten.

Kurt H. Biedenkopf, Vorsitzender der westfälischen Schwesterpartei, trat allen Spekulationen über angebliche „Rivalitäten“ zwischen den Landesverbänden deutlich entgegen. Er werde in den Wahlkämpfen des Jahres 1980 „Seite an Seite“ mit dem NRW-Präsidiumsvorsitzenden Köppler um die Mehrheit in Nordrhein-Westfalen kämpfen. Einstim-

mig wählten die rheinischen Delegierten Hans Katzer, den Präsidenten der Europäischen Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA) zum Spitzenkandidaten für die Europawahl.

Heftige Angriffe richtete Köppler an die Adresse des FDP-Wirtschaftsministers Horst-Ludwig Riemer, der mit seiner „Blockadepolitik“ gegenüber dem Schneller-Brüter-Projekt Kalkar den „Morgenthau-Plan“, der nach dem Zweiten Weltkrieg Deutschland von ausländischer Energie abhängig machen wollte, wieder aus dem „Papierkorb der Geschichte“ geholt habe. Köppler forderte den FDP-Politiker auf, seinen Hut zu nehmen, da er als Wirtschaftsminister eine Politik betreibe, die dem Land und der Bevölkerung schade.

Die FDP insgesamt sei seit ihrem Mainzer Parteitag „nicht mehr die Partei von Theodor Heuss und Reinhold Maier und auch nicht mehr von Graf Lambsdorff oder Willi Weyer“. Sie sei vielmehr zu einem „unberechenbaren Linksfaktor“ der deutschen Politik geworden.

Der neue Ministerpräsident Johannes Rau — ein „Getriebener, kein Treibender“ — stehe dem allen „hilflos“ gegenüber. Die SPD in Nordrhein-Westfalen begnüge sich mit einer „Politik der Feigheit und des Verzögerns“.

Besondere Beachtung fanden die Passagen der Köppler-Rede, die sich mit der Ausgangslage für die Landtagswahl 1980 befaßten. Der CDU-Chef appellier-

te an die 500 Delegierten, darüber nachzudenken, welche Wählergruppen noch für die CDU mobilisiert werden könnten.

In Nordrhein-Westfalen hätten im Frühjahr 1978, wie alle Analysen zeigten, rund eine Million bisherige Anhänger von SPD und FDP beim Volksbegehren gegen die Koop-Schule und gegen die miserable Bildungspolitik der Landesregierung mitgewirkt. „Dies ist das Potential, um die 300 000 Stimmen zu holen, die uns 1975 noch gefehlt haben“, rief Köppler unter dem stürmischen Beifall des Parteitags aus.

Der rheinische CDU-Chef unterstrich, daß die Union über die Frage, welche Partei den nächsten Bundespräsidenten stellen werde, nicht mit sich handeln lasse. Das nächste Staatsoberhaupt werde aus den Reihen von CDU und CSU kommen, betonte Köppler und füg-

te hinzu: „Karl Carstens wäre ein guter Bundespräsident.“

Bevor ihn das 300er-Gremium der Landespartei einstimmig zum Spitzenkandidaten der CDU Rheinland für die erste Direktwahl des europäischen Parlaments nominierte, hatte Hans Katzer, stellvertretender Bundesvorsitzender und Präsident der Europäischen Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA) in einer kämpferischen Rede den Anspruch der CDU und ihrer Schwesterparteien in der EG unterstrichen, die führende Rolle im ersten direkt gewählten Europa-Parlament zu spielen. Katzer: „Wir wollen kein sozialistisches Europa, aber im Kampf um ein soziales Europa lassen wir uns von niemandem übertreffen. Katzer forderte die deutsche Sozialdemokratie unter lebhaftem Applaus auf, endlich ihre zweideutige Rolle gegenüber dem Eurokommunismus aufzugeben.

■ LANDESPARTEITAG DER CDU SAAR

Vertrauensbeweis für Werner Zeyer

Die Opposition an der Saar muß sich umstellen: Seit dem vergangenen Wochenende steht so gut wie fest, daß der Landesvorsitzende der CDU Saar, Werner Zeyer, den jetzigen Ministerpräsidenten Franz Josef Röder in seinem Amt ablösen wird. Röder, der seinen persönlichen Entschluß, vor Ablauf des Jahres 1979 zurückzutreten, vor zwei Wochen der Öffentlichkeit bekanntgegeben hatte, schlug Werner Zeyer den Delegierten selbst zum Nachfolger vor.

Eine wichtige Vorentscheidung in dieser Richtung war ebenfalls vor zwei Wochen gefallen, als die FDP — Koalitionspartner der CDU Saar — nach einer Sitzung des erweiterten Landesvorstandes ihren Beschuß veröffentlichte, einen Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten auch während der Legislaturperiode mitzutragen. Voraussetzung für den angestrebten „nahtlosen Übergang“ im Spitzenamt war die reibungslose und fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Röder und Zeyer. Zweifler hatten dieses zunächst

für wenig wahrscheinlich gehalten. Zusätzliches Vertrauen hatte Werner Zeyer als Nachfolger des (aus gesundheitlichen Gründen) von der Position des Landesvorsitzenden zurückgetretenen Werner Scherer dadurch gesammelt, daß er den Parteiapparat weiter strafte und sich als aufgeschlossener, undoktrinärer Gesprächspartner erwies.

In seiner Rede vor dem Parteitag, die auch innerparteiliche Skeptiker als „überzeugend“ beurteilten, ging Werner Zeyer besonders auf landespolitische Probleme ein — darunter die jetzt in der ersten Phase abgeschlossene Neuordnung der saarländischen Stahlindustrie, die Zukunftschancen der Kohle und die Bemühungen um die Neuschaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Weitere Schwerpunkte waren die Familienpolitik und die Diskussion um den Extremistenbeschuß. Hier stellte er sich hinter die Auffassung der Landesregierung, die eine flexible Linie in Sachen „Regelanfrage“ verfolgt. Werner Zeyer dazu: „Hart in der Sache, aber weich im Verfahren.“ Scharfe Angriffe richtete er gegen die SPD-Opposition, die „unter Führung ihres Landesvorsitzenden inzwischen immer weiter nach links abrutscht“. Er forderte den politischen Gegner auf, endlich die „Politik der reinen Obstruktion“ aufzugeben und im Interesse des Landes wieder zu konstruktiver Mitarbeit zurückzukehren.

Anschließend an Zeyer, der in seinen Ausführungen häufig von Beifall unterbrochen wurde, ging Ministerpräsident Röder besonders auf die CDU/FDP-Koalition an der Saar ein und forderte CDU und FDP in Bund und Ländern auf, bei den künftigen harten Auseinandersetzungen die Möglichkeit einer späte-

ren Zusammenarbeit „nicht endgültig zu verbauen“. „Das könnte für die Parteienstruktur in der Bundesrepublik Deutschland und auch für unser Land auf Dauer nicht ohne Folgen bleiben.“ Zugleich erwarte er, daß man für den „eigenständigen“ Weg der Saar-Koalition im Bundesrat Verständnis zeigen werde. Seiner Aufforderung, Werner Zeyer als seinen Nachfolger zu benennen, folgte der Parteitag einstimmig.

Die Delegierten setzten sich danach mit den vorgelegten Papieren zur Familien- und zur regionalen Strukturpolitik auseinander. Nach Überarbeitung und Einfügung bestimmter Anträge sollen sie dann vom Landesvorstand bzw. -ausschuß endgültig verabschiedet werden.

Das Resümee dieses Parteitages zog der stellvertretende Landesvorsitzende, Minister Günther Schacht:

Die Union an der Saar hat nicht zuletzt durch ihre Personalentscheidung die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß der jetzige Landesvorsitzende bereits mit dem Bonus des Ministerpräsidenten in die Landtagswahlen im Frühjahr 1980 gehen kann und die Partei daher die bestmöglichen Chancen hat, erneut vom Wähler den Auftrag zur Regierungsbildung zu erhalten. Die Aufgabe des designierten Ministerpräsidenten, zwischen den Parteifronten innerhalb von Bund und Ländern den politischen Spielraum der Saar-Koalition zu erhalten, wird nach den letzten Bundesparteitagen von CDU und FDP nicht leicht sein. Es ist aber sicher, daß alle Entscheidungsträger „ein gleichstarkes Interesse“ an der Erhaltung dieser Koalition haben und bereit sind, einen „Vermittler zwischen den Fronten“ in Anspruch zu nehmen.

■ PARTEIARBEIT

Ideen – Taten – Aktionen

Mitgliederwerbung

Die Zeit ist reif . . .

535 529 Männer und 137 939 Frauen — also zusammen 673 468 — waren am 31. Oktober 1978 Mitglied der CDU. Unser Ziel ist es zunächst, den Mitgliederstand auf 700 000 zu erhöhen.

Das erfolgversprechendste Mittel ist nach wie vor das persönliche Gespräch. Ob nun am Arbeitsplatz, auf der Straße und in der Freizeit, oder im Rahmen einer **Mitgliederwerbeaktion** nach dem Kontaktermodell (ausführlich beschrieben im **Regiebuch 1 „Mitgliederwerbung“**, Best.-Nr. 4094, 12,50 DM je 25 Exemplare Mindestabnahmemenge). Führen Sie ständig Gespräche im Sinne der CDU. **Werben Sie neue Mitglieder für unsere Partei!**

Setzen Sie dabei auch unseren „Mitgliederwerbeprospekt“, Best.-Nr. 2871, 59,— DM je 1 000 Exemplare Mindestabnahmemenge, ein.

Bestellanschrift:

IS-Versandzentrum

Postfach 66 66

4830 Gütersloh 1

Der **CDU-Kreisverband Ravensburg** warb während eines halben Jahres 253 Neumitglieder, wobei der beste Einzelwerber 37 Bürger zum Eintritt in die CDU überzeugen konnte. Die Werbeaktion nach dem Kontaktermodell wird fortgeführt.

Der **CDU-Landesverband Hamburg** führte in Zusammenarbeit mit der Abtei-

lung Öffentlichkeitsarbeit der CDU-Bundesgeschäftsstelle eine Kontakterschulung durch.

Die daraufhin gestartete Mitgliederwerbeaktion dauert z. Z. noch an.

Für die höchste Mitgliederwerbung der Ortsverbände hat der Landesverband Hamburg folgende Preise ausgesetzt:

1. Preis: 1 000,— DM für eine öffentliche oder gesellschaftliche Veranstaltung.
2. Preis: 500,— DM für eine öffentliche oder gesellschaftliche Veranstaltung.
3. Preis: 250,— DM für eine öffentliche oder gesellschaftliche Veranstaltung oder Werbemittel der Bundesgeschäftsstelle.

Preise für die besten Einzelwerber:

1. Preis: ein tragbares Farbfernsehgerät
2. Preis: eine 3tägige Reise nach Bonn (2 Personen).
3. Preis: ein Flug über Hamburg (2 Personen).

Planen auch Sie eine Mitgliederwerbeaktion nach dem Kontaktermodell.

Denn:

Die Zeit ist reif . . . für eine Mitgliedschaft in der CDU!

Aktion große Bäume

Der CDU-Stadtverband Friedrichsdorf (Taunus) führt eine „Aktion große Bäume“ durch. Allen Einwohnern von Friedrichsdorf, die zur Pflanzzeit im Herbst 1978 einen Baum in ihrem Garten setzen, gibt der CDU-Stadtverband einen erheblichen Zuschuß zu diesem

Baum und hilft auf Wunsch auch, ihn einzupflanzen. Der CDU-Stadtverband möchte damit einen Beitrag zur Erhaltung des Grüns in der Stadt leisten.

Jugendarbeitslosigkeit

Der Kreisverband Hannover-Stadt der JUNGEN UNION hat sich in den letzten Monaten mit der Problematik der Jugendarbeitslosigkeit beschäftigt. Die Ergebnisse dieser Arbeit sind in einer Broschüre „Die Jugendarbeitslosigkeit und ihre sozialen Folgen“ zusammengefaßt, die bei der JUNGEN UNION, Kreisverband Hannover-Stadt, Postfach 12 06, Walderseestraße 21, bestellt werden kann.

(Bitte 1,10 DM in Briefmarken beilegen!)

Grüße aus Ludwigshafen

... erhielten die Leser der „Hoyaer Heimatzeitung“. Vom Bundesparteitag sandten die Delegierten des Kreisverbandes Nienburg herzliche Grüße. Die Zeitung veröffentlichte die Karte als Foto. Die besondere Attraktion bei dieser öffentlichkeitswirksamen Aktion war, daß neben den Nienburgern auch Dr. Kohl, Prof. Carstens, Dr. Dregger, Dr. Stoltenberg und Dr. Geißler sowie Dr. Albrecht und die niedersächsischen Minister Hasselmann, Leisler Kiep, Schnipkowitz und Glup durch ihre Unterschrift Grüße an das Hoyaerland sandten.

Europawahl 1979

„Direkt“ — das Organ der JUNGEN UNION des Kreises Olpe — beschäftigt sich in der letzten Ausgabe ausführlich mit dem Thema Europawahl 1979. Unter dem Titel „Auf dem Weg zu einem vereinten Europa“ werden detaillierte Informationen über europäische Fragen gegeben. Eine gute Möglichkeit, auf die bevorstehenden Wahlen hinzuweisen

und für die CDU-Europapolitik zu werben.

Frauenvereinigung übernimmt Patenschaft

Um einen weiteren Beitrag zu dem guten nachbarlich-freundschaftlichen Verhältnis zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark zu leisten, hat die CDU-Frauenvereinigung Schleswig-Holstein die Patenschaft für das deutsche Freizeitheim in Apenrade übernommen.

Gerade im Hinblick auf das Internationale Jahr des Kindes 1979 und die Europawahl ist dieses „Patenkind“ ausgesucht worden. Das erste deutsche Freizeitheim in Dänemark soll eine Hilfe und Förderung für Kinder und Jugendliche bedeuten und eine Stätte sein, in der Gemeinschaft gepflegt und Völkerverständigung erlebt wird.

Die schleswig-holsteinischen Frauen haben sich vorgenommen, einen engen Kontakt mit dem Freizeitheim und seinen Besuchern zu pflegen.

Ideen — Taten — Aktionen

Haben auch Sie neue Aktionen durchgeführt oder eine besondere Idee, die in der praktischen Parteiarbeit bestens eingesetzt werden kann? Für andere CDU-Verbände können diese Vorschläge geeignet sein, sie im örtlichen Bereich ebenfalls mit großem Erfolg durchzuführen.

Schreiben Sie uns und legen Sie Kopien der Aktionsbeschreibung bei! Wir geben Ihre Ideen im Erfahrungsaustausch, in Broschüren bzw. in dieser Rubrik an Interessenten weiter.

Ihre

**Abteilung Öffentlichkeitsarbeit
der CDU-Bundesgeschäftsstelle
Konrad-Adenauer-Haus
5300 Bonn 1
Telefon (0 22 21) 54 41**

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

ZITATE

Was die Würde des Staates fordert

Die These, Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation genüge, für sich genommen, niemals, Zweifel an der verlässlichen Übereinstimmung eines Stellenbewerbers mit diesem Bekenntnis unserer Verfassung zu begründen, wird bei uns seit Jahr und Tag mit Beharrlichkeit und Inbrunst wie ein religiöser Glaubenssatz verkündet.

Wie nachhaltig hier die Vernunft dispensiert ist, wird schon darin deutlich, daß die Verfechter des Satzes es beharrlich vermeiden, zwischen beendeter und fortbestehender Mitgliedschaft zu unterscheiden. Selbstverständlich kann kein verständiger Mensch bestreiten, daß die früher einmal bestehende Mitgliedschaft niemals Beweis für eine gegenwärtige Neigung des Bewerbers sein kann. Aber mit solcher Selbstverständlichkeit ist es natürlich aus und

vorbei, wenn es um eine gegenwärtige, also im Augenblick der Bewerbung bestehende oder gar bekräftigte Mitgliedschaft geht. Man kann es deshalb nur als falsches Spiel bezeichnen, wenn die gegenwärtige mit der nicht mehr bestehenden früheren Mitgliedschaft in einen Topf geworfen wird.

Die Verkehrtheit der These wird in ihrer vollen Dimension sichtbar, wenn man die Frage der Zulassung organisierte Verfassungsfeinde zum öffentlichen Dienst nicht ausschließlich unter dem Aspekt der inneren Sicherheit und der Abwehr von Angriffen gegen die verfassungsmäßige Ordnung sieht, sondern vermerkt, daß hier auch die Selbstachtung dieses Staates ins Spiel kommt. Es darf nicht dazu kommen, daß diese zweite Republik sich selbst Provokation und Demütigung zuzieht. Wie man in eine Kirche nicht mit der Mütze auf dem Kopf und in eine Moschee nicht mit Schuhen an den Füßen eintreten darf, so darf es auch nicht sein, daß jemand von Rechts wegen mit einem Emblem der geschworenen Feinde dieses Staates am Revers den Platz eines seiner Diener einnimmt.

FAZ, 17. November 1978

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Gerhard Braun. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 9,- DM. Einzelpreis 0,75 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.